

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 73 (1993)
Heft: 1

Artikel: Der schwarze und der rote Hase : Parteiblätter ohne Chancen in der Schweiz : sieben Thesen
Autor: Blum, Roger
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165156>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Roger Blum

Der schwarze und der rote Hase: Parteiblätter ohne Chancen in der Schweiz

Sieben Thesen

1991 und 1992 verschwanden etliche katholische und linke Tageszeitungen der Schweiz von der Bildfläche: Das «Vaterland» in Luzern (und mit ihm die CVP-orientierten «Schwyzer Zeitung», «Zuger Zeitung» und «Nidwaldner Volksblatt»), «Popolo e Libertà» in Lugano, das «Aargauer Volksblatt» in Baden, die «Nordschweiz» in Basel sowie die «Basler AZ». Warum hat die «schwarze» und «rote» Presse derart Mühe? Ihre Randständigkeit und Ohnmacht, die sich in jüngster Zeit verschärft hat, datiert aus der Gründungszeit. Sie ist quasi systemimmanent.

«Ich bin schon da», sagte der Igel jedesmal, wenn der Hase im Wettlauf der beiden Tiere keuchend ankam. Etwa so erging es auch den Zeitungen der Katholiken und der Arbeiterbewegung in der Schweiz, die immer wieder feststellen mussten, dass sie gegen freisinnige und überparteiliche Zeitungen keine Chance hatten. «Ich bin schon da», sagte der freisinnige Igel und liess die atemlosen schwarzen und roten Hasen auflaufen. Warum diese Chancenlosigkeit? Im Gegensatz zum Igel der Fabel hatte ja der freisinnige Igel kein Double, mit dem er den roten und den schwarzen Hasen täuschen konnte. Die Chancenlosigkeit der linken und katholischen Zeitungen war strukturell bedingt, gewissermassen systemimmanent. Sie hat historische Wurzeln. Ein paar Thesen sollen das erläutern.

Erste These: Reformation und Regeneration überliessen dem politischen Katholizismus fast ausschliesslich Land- und Randgebiete.

Erste Weichen für spätere parteipolitische und publizistische Hochburgen stellte schon die Reformation im 16. Jahrhundert. Der neue Glaube setzte sich vor allem in den frühindustrialisierten Städten, in den Verkehrs- und Handelszentren Zürich, Basel, Bern, Genf, Lausanne, Neuenburg und St. Gallen durch. Katholisch blieben vornehmlich die agrarisch-ländlichen Regionen, abgesehen vielleicht von Luzern und von den lombardischen Städten Bellinzona, Lugano und Locarno. Nochmals im Zeichen einer wirtschaftlichen Dynamik trat im 19. Jahrhundert der Liberalismus an: Die Regenerationsbewegung erfasste nicht nur reformierte und paritätische

Kantone, sondern auch katholische Städte (Luzern, Solothurn). Damals setzte erstmals auch die Pressefreiheit zum Siegeslauf an, und dies hatte zur Folge, dass neue Zeitungen wie Pilze aus dem Boden schossen. Zeitungen, die damals überlebten und sich etablieren konnten, behielten in ihrer Stadt oder ihrer Region die Oberhand.

In den regenerierten Kantonen waren dies logischerweise freisinnige Zeitungen: in Bern der «*Bund*», in Solothurn die «*Solothurner Zeitung*», in Olten das «*Oltner Tagblatt*», in Basel die «*National-Zeitung*», in Liestal die «*Basellandschaftliche Zeitung*», in Schaffhausen die «*Schaffhauser Nachrichten*», in Herisau die «*Appenzeller Zeitung*», in St. Gallen das «*St. Galler Tagblatt*», in Frauenfeld die «*Thurgauer Zeitung*» in Delémont «*Le Démocrate*», um nur die wichtigsten zu nennen. Konservative Blätter konnten nur dort eine führende Rolle spielen, wo eine katholische Bevölkerung die Regeneration entweder a priori abgelehnt oder ihr wieder entsagt hatte: in Luzern, in Freiburg, im Wallis, in den Innerschweizer Kantonen und in Appenzell Innerrhoden. Das war von vornherein der bevölkerungsärmere, ländlichere, wirtschaftlich weniger dynamische, rückständigere Teil der Schweiz. Es war das Gebiet des Sonderbunds. Auf dieses Gebiet blieb der Einfluss katholisch-konservativer Zeitungen zunächst beschränkt.

Zweite These: Am Ende des 19. Jahrhunderts blieben die Zeitungen neuer politischer Gruppierungen Insiderorgane.

Der Kulturkampf der siebziger Jahre verschaffte dem politischen Katholizismus neuen Auftrieb, und in diesen Zusammenhang gehört, dass zahlreiche katholische Zeitungen in der Diaspora entstanden. Doch diese Zeitungen blieben in Kantonen mit freisinniger Vormacht weitgehend Insiderorgane; sie erreichten nur jene Leute, die in der Bewegung des politischen Katholizismus ohnehin aktiv waren, nämlich das vorerst bescheidene Häuflein katholischer Wähler. Auch die ersten Zeitungen der Sozialdemokratie – die Zürcher «*Tagwacht*» (1869) und dann das «*Volksrecht*» (1898), der Basler «*Vorwärts*» (1886), die Neuenburger «*Sentinelle*» (1890), die «*Berner Tagwacht*» (1893), «*Le Peuple de Genève*» (1895) und «*Das Volk*» in Olten (1898) – erreichten lange nicht alle Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern nur den harten Kern der politischen Aktivisten.

Noch waren allerdings die Strukturen des schweizerischen Mediensystems nicht gefestigt. Vieles war weiter in Gärung; schier pausenlos tauchten neue Zeitungen auf, und viele von ihnen gingen nach kurzer Zeit wieder ein. Es schien, dass aufsteigende neue politische Bewegungen problemlos eigene Zeitungen sollten etablieren können. Doch aus verschiedenen Grün-

den war die katholische und die sozialdemokratische Presse bereits verspätet.

Dritte These: Die freisinnige Vormacht im Bundesstaat war von Anfang an auch eine Medienvormacht.

Die Liberalen setzten im Interesse der wirtschaftlich tätigen Menschen die Individualrechte durch (Handels- und Gewerbefreiheit, Eigentumsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Vereinsfreiheit, Pressefreiheit usw.). Die Pressefreiheit gehörte zur Strategie der liberalen Umwälzung und Machtergreifung, mit dem Risiko freilich, dass sich die Pressefreiheit auch gegen die Liberalen selbst auswirken konnte. Diese Erfahrung machten sie dann tatsächlich mit der demokratischen Bewegung der sechziger und siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts, die sich mit eigenen Presseorganen gegen das liberale Establishment wandte und in verschiedenen Kantonen (Zürich, Bern, Thurgau, Baselland) den Machtwechsel herbeiführte. Allerdings gelang es dem Freisinn nachher, die Demokraten zu integrieren. Die gleiche Erfahrung machte in unserer Zeit der sowjetische Präsident *Michail Gorbatschow*, der den Medien weitgehende Freiheit gewährte, aber erleben musste, dass sie sich immer mehr gegen die KPdSU und gegen die Nomenklatura wandten und schliesslich zum Untergang der Sowjetunion beitrugen.

Die demokratische Bewegung war allerdings der einzige «Unfall», der den Liberalen passierte. Zur Sicherung ihrer Macht, die in der Gründung und Beherrschung des Bundesstaates (1848) kulminierte, lancierten sie nämlich massenhaft Zeitungen. 1827 existierten 33 Zeitungen in der Schweiz, 1858 waren es 180 – wobei insgesamt 492 Zeitungen neu gegründet wurden, von denen 30 Prozent überlebten. Jedenfalls: Vom Ende der Restaurationszeit bis in die Frühphase des Bundesstaates hinein hat sich die Zahl der Zeitungen versechsfacht. Die Zeitungen erfüllten damals die Funktion von Katalysatoren der politischen Anhänger: Das Zeitungsabonnement war gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zur Partei. Die Freisinnigen nutzten also die Zeitungen, um sich eine breite Anhängerschaft zu sichern; sie wirkten mit der Presse in die Bevölkerung hinein und sorgten dafür, dass das freisinnige Gedankengut als nationales, schlechthin schweizerisches Gedankengut verbreitet wurde. Da es in praktisch allen Kantonen (und vor allem in den Hauptorten) freisinnige Zeitungen gab, auch in den Kantonen des ehemaligen Sonderbundes, kann mit Fug von einer freisinnigen Medienvormacht gesprochen werden: Die katholisch- und protestantisch-konservativen Blätter waren gegenüber den radikalen, liberalen und später demokratischen Zeitungen in eklatanter Minderheit. Und mit Aus-

nahme von Luzern, Freiburg und Sitten waren die besten und interessantesten Plätze durch freisinnige Zeitungen besetzt.

Vierte These: Die Presse der Arbeiterbewegung war von Anfang an zur Randständigkeit verurteilt.

Der Freisinn war im 19. Jahrhundert eine grosse Volkspartei, die auch Linke und Arbeiter einschloss. Die Linken waren die Demokraten, die Arbeiter fanden sich in den *Grütlivereinen* zusammen. Demzufolge gab es schon vor 1880/88, den Gründungsjahren des *Schweizerischen Gewerkschaftsbundes* und der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, eine linke Presse – die demokratischen Blätter – und eine Arbeiterpresse – die Organe der *Grütlivereine*. In Zürich erschien beispielsweise seit 1851 der «*Grütli-ner*», der in den neunziger Jahren eine Auflage von 14 000 Exemplaren erreichte. Als daher die sozialdemokratischen Zeitungen auf den Plan traten, konnten sie die demokratischen und grütlianischen nicht einfach verdrängen, und da die von Albert Steck gegründete SPS noch nicht marxistisch war, war auch der Unterschied zwischen den verschiedenen linken Zeitungen nicht auf Anhieb erkennbar, denn sozialpolitisch engagiert waren sie alle.

Dazu kamen zwei weitere Faktoren, die dazu beitrugen, dass die Presse der Arbeiterbewegung von Anfang an zur Randständigkeit verurteilt war: Erstens waren freisinnige Zeitungen in vielen Städten bereits gut etabliert. Sie wurden auch von Werktätigen gelesen, da sich damals zumindest in den liberalen Kantonen noch fast jedermann zum Freisinn bekannte. Zweitens kamen gerade in dieser Zeit die «Generalanzeiger» auf, die sich an deutsche und französische Vorbilder anlehnten und ihrerseits durch amerikanische und britische popular papers inspiriert waren (die sogenannten «*one-cent-papers*» und «*one-penny-*» oder «*half-penny-papers*»).

Solche Neugründungen waren in der Schweiz die «*Tribune de Genève*» (1879), der Zürcher «*Tages-Anzeiger*» (1893) und der «*Luzerner Tages-Anzeiger*» (1897); später «*Luzerner Neuste Nachrichten*»), während das seit über 200 Jahren existierende «*Feuille d'avis de Lausanne*» (heute: «*24heures*») sich in Richtung «Generalanzeiger» umorientierte. Die Zeitungen des Typus «Generalanzeiger» stellten sich nicht mehr in den Dienst einer Partei, sondern beschränkten sich darauf, das Publikum zu informieren («*presse d'information*»). Sie widmeten sich vor allem der Lokalinformation und bezogen auch den Sport und die Unterhaltung (Fortsetzungsromane!) mit ein.

Vor allem aber waren die «Generalanzeiger» billiger als die traditionellen Parteizeitungen. So kostete 1896 der 6mal wöchentlich erscheinende

«Tages-Anzeiger» 10 Fr. im Jahr, die «Zürcher Post», die gleich oft erschien, und die «Basler National-Zeitung» aber 15 Fr., der Berner «Bund» 20.10 Fr. 1913 kostete der «Tages-Anzeiger» mit 12.60 Fr. praktisch gleich viel wie das «Volksrecht» (12 Fr.), und der «Luzerner Tages-Anzeiger» mit 11 Fr. praktisch gleich viel wie der sozialdemokratische «Centralschweizer Demokrat» (10.10 Fr.). Eine Ausnahme machte die «Tribune de Genève», die zwar im Gründungsjahr auch bloss 5 Rappen pro Nummer kostete, aber 1913 mit 18.10 Fr. teurer war als «La Suisse» (12.10 Fr.), «Courrier de Genève» (15 Fr.) und «Le Genevois» (15.10 Fr.) und fast so teuer wie das «Journal de Genève» (20.10 Fr.).

Jedenfalls gruben die «Generalanzeiger» im Ausland wie in der Schweiz der Arbeiterpresse das Wasser ab. Denn viele Werktätige mochten am Abend nach der anstrengenden Arbeit nicht mehr schweren politischen Stoff lesen, sondern zogen unterhaltende, zerstreuende Zeitungslektüre vor, und dieses Bedürfnis erfüllten ihnen die «Generalanzeiger» besser als die sozialdemokratischen Zeitungen. Wenn sie neben der parteiunabhängigen Tageszeitung ein Gewerkschaftsorgan abonnierten, so glaubten sie ihrer proletarischen Pflicht Genüge getan zu haben. So ist es denn nicht verwunderlich, dass die Auflagen der «Generalanzeiger» schon in der Frühzeit ihres Bestehens jenen der Arbeiterpresse davon eilten:

Zeitungen	1896	1913
ZH:		
«Arbeiterstimme»/«Volksrecht»	4 400	16 500
«Tages-Anzeiger»	33 000	70 000
GE:		
«Le Peuple»	2 500	3 000
«Tribune de Genève»	21 000	28 000
VD:		
«Le Grutli»	2 200	3 000
«Feuille d'avis de Lausanne»	5 900	33 000
LU:		
«Centralschweizer Demokrat»		9 700
«Luzerner Tages-Anzeiger»		11 000

Mit Ausnahme Luzerns, wo die LNN das konservative «Vaterland» und das liberale «Luzerner Tagblatt» erst nach dem Zeiten Weltkrieg deutlich hinter sich liess, überflügelten die «Generalanzeiger» auch rasch die bürgerlichen Zeitungen. Sie erfüllten die Funktion früher Massenblätter in der Schweiz, und ihr Publikum waren vornehmlich die Mittel- und Unterschichten – zu Lasten der Arbeiterpresse.

Fünfte These: Für die Abhängigen und Unterprivilegierten war der Nutzen einer linken Stimmabgabe grösser als der Nutzen eines linken Zeitungsabonnements.

Für das Proletariat in den Städten, das seine Lage verbessern wollte, und für alle Abhängigen und Unterprivilegierten waren die Linksparteien wie die Sozialdemokraten, die Kommunisten, später die POCH, unersetzlich, weil es keine Alternativen zu ihnen gab. Wer die Privilegien der Besitzenden beschneiden, das Vermögen gerechter verteilen, die Lebensqualität der Werktätigen erhöhen und dem sozialen Fortschritt zum Durchbruch verhelfen wollte, musste links wählen. Wer aber über die aktuellen Ereignisse informiert sein wollte, musste nicht unbedingt eine sozialdemokratische Zeitung abonnieren. Der Nutzen einer linken Stimmabgabe und einer Gewerkschaftszugehörigkeit war evident: Die Abgeordneten und die Funktionäre setzten sich für die Interessen des arbeitenden Volkes ein. Der Nutzen einer SP-Zeitung war indessen nicht so evident, weil andere Zeitungen mehr Informationen und mehr Dienstleistungen boten.

Dieses ist der Teufelskreis aller Kampfzeitungen: Weil der Kampf und der Kommentar stärker im Vordergrund stehen als die umfassende Information, lässt sich nicht ein so breites Publikum ansprechen. Weil die Publikumsresonanz und damit die Auflage begrenzt bleibt, kann die redaktionelle Leistung nicht umfassend sein. Weil das Angebot beschränkt ist, entscheiden sich viele potentielle Abonnentinnen und Abonnenten für eine andere Zeitung. Dass die Information für eine Kampfzeitung nicht erste Priorität hat, während das Publikum gerade primär die (neutrale) Information sucht, stellte die Zürcher «Arbeiter-Post» schon 1914 fest, als sie ihr Erscheinen einstellte: «*Die Arbeiter-Post hat nie die Aufgaben eines Nachrichtenblattes zu erfüllen gesucht. Heute konzentriert sich jedoch auf das letztere die ganz Aufmerksamkeit des lesenden Publikums, weshalb der Beschluss um so leichter gefasst werden konnte.*»

Vor allem die freisinnigen Zeitungen haben recht früh erkannt, dass sie sich öffnen müssen, dass sie keine Parteiblätter mit Ausschliesslichkeitscharakter sein dürfen. Da der Freisinn ohnehin immer den Anspruch erhoben hat, das ganze Volk zu repräsentieren und nicht nur eine Klasse oder eine Konfession, fiel dieser Schritt den freisinnigen Zeitungen um so leichter. Zwar wandelten sich die Blätter dadurch von parteiverbundenen zu parteigerichteten Zeitungen; die FDP kann ihnen nichts vorschreiben; sie stehen ihr nur noch gesinnungsmässig nahe. Aber das durch diese Blätter vermittelte Gedankengut erreicht ein Publikum, das ein Mehrfaches der freisinnigen Wählerschaft ausmacht. Schon die Auflage ist grösser, und wenn man bedenkt dass jedes Zeitungsexemplar mit rund drei Personen in Kontakt kommt, so zeigt sich, welches Potential hier angesprochen werden kann.

Und während auch die christlichdemokratische Presse nach der vollen Integration ihrer Partei in den Bundesstaat vorübergehend ein Potential ansprechen konnte, das bedeutend grösser war als die Wählerschaft, verlief die Entwicklung bei der SP genau umgekehrt, wurde doch ihre Presse seit ihrer Regierungsbeteiligung schwächer und schwächer:

Parteien/Jahr		Wähler/innen		Presseauflage	
		absolut	in %	absolut	in %
FDP	1896			398 000	54
	1931	233 000	27	638 000	51
	1967	242 000	24	604 000	41
	1991	300 000	21	870 000	28
CVP	1896			126 000	17
	1931	185 000	21	262 000	21
	1967	231 000	23	514 000	35
	1991	260 000	18	360 000	12
SPS	1896			49 000	7
	1931	248 000	29	127 000	10
	1967	245 000	24	113 000	8
	1991	270 000	18	45 000	1,5

Die Zahlen zeigen, dass die der FDP nahestehende Presse nach wie vor ein grosses Potential ansprechen kann, dass aber ihr Anteil an der Gesamtauflage der Zeitungen seit dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls deutlich abgenommen hat. Die der CVP nahestehende Presse ist noch deutlicher minoritär geworden. Was ist passiert?

Sechste These: Je wichtiger für die Zeitungen das Inserataufkommen wurde, um so nachteiliger war die Verankerung der christlichdemokratischen Presse in einem ländlichen Stammgebiet mit einem beschränkt konsumorientierten Publikum.

Im 19. Jahrhundert war die Zeitungsproduktion noch relativ billig. Die enorme Zahl von Neugründungen zeigt, dass die Anfangsinvestitionen nicht so riesig waren wie heute. Es war durchaus noch möglich, Zeitungen weitgehend aus den Abonnementseinnahmen zu finanzieren, auch wenn die Zeit getrennter Avisblätter (nur mit Inseraten) und Intelligenzblätter (nur mit Nachrichten) längst vorbei war. Inzwischen hat sich alles verteuert: das Papier, der Druck, der Vertrieb, die Löhne, die Agenturen, die Korrespondenten, die Abonnentenakquisition. Die Bedeutung der Werbeeinnahmen

nahm stetig zu, und heute bestreiten die Inserateinnahmen etwa 75 Prozent der Kosten einer Tageszeitung.

Jene katholischen Zeitungen, die in wirtschaftlichen Ballungszentren erschienen, wie die «*Neuen Zürcher Nachrichten*» in Zürich, die «*Nordschweiz*» («*Basler Volksblatt*») in Basel, das «*Aargauer Volksblatt*» in Baden oder «*Popolo e Libertà*» in Lugano, vegetierten im Schatten grösserer freisinniger oder überparteilicher Zeitungen, kamen über eine bescheidene Auflage nicht hinaus und waren deshalb für die werbende Wirtschaft nie besonders interessant, so dass sie mit zunehmender Rezession Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts alle aufgeben mussten. Bloss der «*Courrier*» in Genf, in einem ohnehin zur Hälfte katholischen Kanton, konnte sich dank der Achse mit der Freiburger «*Liberté*» halten. Die katholischen Zeitungen hingegen, die in den eigentlichen CVP-Stammlanden herauskamen und deshalb meist stärkstes Blatt im Kanton waren oder zumindest dem stärksten fast ebenbürtig, bekamen mehr und mehr zu spüren, dass sie ihren Rückhalt nicht in den konsumfreudigen Agglomerationen haben, sondern bei der ländlichen Bevölkerung. Selbst für das Luzerner «*Vaterland*» traf das zu: Es war mehr eine Landzeitung als eine Stadtzeitung, und es sah sich gezwungen, 1991 mit seinem liberalen Widerpart «*Luzerner Tagblatt*» zur «*Luzerner Zeitung*» zu fusionieren. Bloss in den Kantonen Freiburg («*La Liberté*» und «*Freiburger Nachrichten*»), Innerrhoden («*Appenzeller Volksfreund*») und Wallis («*Le Nouvelliste*» und «*Walliser Bote*») sind CVP-nahe Zeitungen noch Nummer 1 auf dem Platz.

Noch dramatischer als für die CVP-nahe Presse vollzog sich die Entwicklung bei der SP-Presse, deren Potential sich dem Nullpunkt nähert. Warum?

Siebte These: Die Linkspresse eignet sich a priori schlecht als Werbeträger.

Für die werbende Wirtschaft gibt es zwei Gründe, in einer Zeitung Inserate zu plazieren: Erstens die hohe Auflage, wenn möglich verknüpft mit einer hohen Streudichte; zweitens der unterstützenswerte Kurs der Zeitung. Am wenigsten Probleme mit den Inserenten hat eine Zeitung, die eine bürgerliche Gesinnung und ein hohe Auflage vorweisen kann – etwa die «*Frankfurter Allgemeine Zeitung*», «*Le Figaro*», «*The Times*» oder die «*NZZ*». Zu Konflikten kann es kommen, wenn auflagenstarke Zeitungen nicht durchwegs wirtschaftsfreundlich und dem Bürgertum gegenüber kritisch sind – wie der «*Tages-Anzeiger*» oder die «*Süddeutsche Zeitung*». Ganz schwierig wird es, wenn eine Zeitung nur eine geringe Auflage erreicht und erst noch einen wirtschaftskritischen Kurs einschlägt. In dieser Situation befinden sich alle antikapitalistischen Linkszeitungen: Die Wirtschaft will

nicht den eigenen Henker füttern, und die Linkszeitung will sich nicht durch Inserate der politischen Gegenseite kompromittieren.

Das Thema ist alt: *Ferdinand Lassalle* wollte im 19. Jahrhundert keine Anzeigen in die sozialistischen Blätter aufnehmen, aber *August Bebel* sagte: «*Ohne Profit raucht kein Schornstein!*» Die schweizerischen Linkszeitungen haben allerdings *per saldo* mehr darunter gelitten, dass die Inserate nicht kamen, und weniger, dass sie sie ablehnten. Eine Zeitung aber, die in den letzten 20 Jahren zu wenig Inserate erhielt, war hoffnungslos «abgehängt». Der Abstand, der schon in der Gründungszeit da war und der lediglich für den «*Freien Aargauer*» und die «*Berner Tagwacht*» der Zwischenkriegszeit dahinfiel, vergrösserte sich nun unaufholbar. Als Erstzeitung und als Kompletzeitung hatten die linken Blätter ziemlich ausgedient. Und als führende, in einer Stadt oder in einem Kanton dominierende Zeitung sind auch die katholischen Blätter zu einer Rarität geworden. Dass weder der politische Katholizismus noch die politische Linke sich in der Schweiz je eine Presse schaffen konnte, die über den Kreis der engeren Anhänger-schaft hinausstrahlt, hat viel mit der historischen Herausbildung des politischen Systems zu tun.

Literaturhinweise:

Silvio Bircher: Die sozialdemokratische Presse und die übrige Linkspresse in der Schweiz.

In: NZZ Nr. 172, 25. 7. 1977.

Ernest Bollinger: La presse suisse. Les faits et les opinions. Lausanne 1986.

Kurt Bürgin: Statistische Untersuchungen über das schweizerische Zeitungswesen 1896–1930. Leipzig 1939.

Ulrich Frei: Ein toter Baum aus dem Bannwald der Demokratie – das Volksrecht 1898–1973. Zürich 1987.

Erich Gruner: Die Parteien in der Schweiz. Bern 1977.

Jacques Meurant: La presse et l'opinion de la Suisse romande face à l'Europe en guerre 1939–1941. Neuchâtel 1976.

Fritz P. Schaller: Kirchen und Presse. Sinn und Möglichkeit christlicher Pressearbeit – dargestellt an der Problematik der katholischen Presse in der deutschen Schweiz. Zürich 1974.

Karl Weber: Die schweizerische Presse im Jahre 1848. Basel 1927.

Konrad Zollinger. Frischer Wind oder faschistische Reaktion? Die Haltung der Schweizer Presse zum Frontismus. Zürich 1991.

Gemeingeist und Gemeinkraft

«Ein schwatzender Gaukler klagte, es sei so wenig Gemeingeist unter den Menschen. Ein Bauer, der ihn hörte, antwortete ihm: «Ich fordere von meinem Zugvieh keinen Gemeingeist, ich fordere von ihm Gemeinkraft.»»

Heinrich Pestalozzi, Fabeln